

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Kostenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 16 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. / Einzelne wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. / Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf geschl. Entsch. od. Konturgen hinwärtig wird. Erfüllungsort: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. / Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf geschl. Entsch. od. Konturgen hinwärtig wird. Erfüllungsort: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. / Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf geschl. Entsch. od. Konturgen hinwärtig wird. Erfüllungsort: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 253

Altensteig, Montag den 28. Oktober 1929

53. Jahrgang

Die Nebenfrage als Vorwand

Auf besonderen Wunsch veröffentlichten wir folgenden Artikel für das Volksbegehren.

Professor H. Haug schreibt in der Südd. Zeitung:

Es hat sich eine hinterhältige Kampfesweise gegen das Volksbegehren herausgebildet: man macht eine Nebenfrage zur Hauptfrage, man benützt die Nebenfrage als Vorwand, um die Hauptfrage zu hintertreiben. Alles stützt sich auf den § 4, als ob er der Kernpunkt des Volksbegehrens wäre, als ob mit den Eintragungen lediglich über den § 4 abgestimmt würde. Das Wesentliche, die alleinige und ausschließliche Hauptfrage bei diesem Volksbegehren ist der Youngplan. Er ist Ursprung, Anlaß, Grund und Ziel des Volksbegehrens. Nur wegen der außerordentlichen Gefahren, die der Youngplan für das deutsche Volk und seine ganze Zukunft bedeutet, konnte das außerordentliche Mittel des Volksbegehrens ergriffen werden. Erfolg oder Mißerfolg des Volksbegehrens ist mitbestimmend, vielleicht entscheidend über Annahme oder Ablehnung des Youngplans. Das ganze Volksbegehren dreht sich lediglich um diese „Verhinderung“, darum wird es kurz „Freiheitsgesetz“ genannt, weil in der Tat die Freiheit der Nation in allen ihren Lebensbelangen auf Kinder und Kindeskind auf dem Spiele steht. Wenn der Begehrensentwurf sich nicht einfach auf den Youngplan beschränkt und diesen nicht an die Spitze gestellt hat, so geschah es lediglich deshalb, weil man mit einer Hintertreibung des Volksbegehrens rechnen mußte. Die Berliner Regierungstellen lauerten darauf, das Volksbegehren verbieten zu können; ihnen wäre es nicht darauf angekommen, den Youngplan wegen seines Einflusses auf den Reichshaushalt für ein Finanzgesetz zu erklären, das nach der Verfassung dem Volksbegehren entgegen ist. So hat man den geschichtlichen Ursprung der Reparationen, die Kriegsschuldfrage, vorangestellt, obwohl sie an sich ja nur ein Mittel zum Zweck, nur Waffe im diplomatischen Kampf sein kann. So konnte man den Youngplan nur als eine auf der Kriegsschuldfrage beruhende Feindesaufgabe mit einbeziehen und so hat man schließlich im § 4 eine allgemeine, dauernde Schranke gegen jede Reparationsregelung aufgerichtet, die wiederum auf der Kriegsschuldfrage beruhen sollte, statt auf einer wirklichen „Liquidation des Krieges“, bei der „Verhinderung“ und „Verhöhnung“ nicht bloß einseitige Zumutungen an Deutschland sind. Sollten wir Deutsche nun solche Kleinigkeitsträger sein, daß wir vor der Schale den Kern nicht sehen, daß wir über den Beigaben die Hauptfrage vermissen, daß wir lieber den Youngplan schlucken, als daß wir den § 4 in seinem Recht oder in seiner Anfechtbarkeit dahingestellt sein lassen?

Mit der zweckvollen Hervorhebung des § 4 hat man sogar den greisen Reichspräsidenten irreführt. Daß es sich in der Tat um eine Irreführung handelt, geht deutlich aus der Begründung hervor, die man dem Reichspräsidenten vorgelegt hat. Sie ist durchaus unzutreffend und sogar unlogisch. Der § 4 soll ein „unpersönlicher, persönlicher Angriff“ sein. „Unpersönlich“ könnte der Angriff unmöglich sein, da der § 4 sich ja ganz und gar auf eine Sache bezieht, nämlich auf internationale Verträge, die auf der Kriegsschuldfrage beruhen. Ein „persönlicher“ Angriff könnte es auch nicht sein, da ja Personen gar nicht genannt sind und da der § 4 eine Geltung beansprucht, die über die politische Wirksamkeit einzelner Persönlichkeiten sogar zeitlich weit hinausreicht. Uebrigens versteht man unter einem „persönlichen“ Angriff überhaupt etwas ganz anderes, nämlich die Herabsetzung von persönlichen Verhältnissen des Angegriffenen, die mit der Sache, wegen deren der Angriff erfolgt, nichts zu tun haben. Endlich kann es überhaupt kein „Angriff“ sein, denn es handelt sich bei dem § 4 um eine zu schaffende gesetzliche Bestimmung von allgemeiner Bedeutung, die von allem zufällig Persönlichen abstrahiert. So wenig es ein „Angriff“ ist, wenn das Strafgesetz z. B. den Diebstahl mit Strafe bedroht, so wenig kann man es als „Angriff“ bezeichnen, wenn durch den verfassungsmäßigen Akt der Volksbegehrengebung den strafechtlichen Bestimmungen über Landesverrat ein weiterer Tatbestand eingeführt wird. Aus der unhaltbaren Begründung erhebt man die Verlegenheit, in der die falschen Ratgeber des Reichspräsidenten sich befanden. Sie wollten seinen hohen Namen mißbrauchen zu einem Schlag gegen das Volksbegehren — der „Vorwärts“ schrieb hernach prompt: Hindenburg zerstückt das Volksbegehren —, und da sie dies nicht offen tun konnten, benutzten sie hinterlistig eine falsche, ja unmögliche Auslegung des § 4, um den „ritterlichen Sinn“ des Reichspräsidenten zu ihrem persönlichen Schutze anzurufen. In jeder anderen Demokratie wäre diese Heranziehung des Staatsoberhauptes in den politischen Kampf unmöglich und würde allgemein zurückgewiesen werden.

Eine Rede des Stahlhelmführers Seldte

Nagdeburg, 27. Oktober. In einer Rede bei einer Kundgebung für das Deutsche Volksbegehren in der Nagdeburger Stadthalle erklärte der erste Bundesführer des Stahlhelms, Franz Seldte, der Reichsausschuß für das Volksbegehren habe freudig die Kampfbildung des Stahlhelms aufgenommen und einstimmig beschlossen, daß sein Präsidium auch nach dem Volksbegehren zusammenbleiben werde. Der Angriff werde weiter getragen. Es werde sofort eine neue Aktion eingeleitet, in einer Form, die man selbst bestimmen werde.

Deutsch-amerikanische Reparationsverhandlungen

Verhandlungen über Reparationszahlungen an Amerika London, 26. Okt. „Times“ berichtet aus Washington: Das Staatsdepartement hatte vorläufig nicht die Absicht, die Tatsache bekanntzugeben, daß in Berlin Verhandlungen über die Zahlungen im Gange sind, die von Deutschland den Vereinigten Staaten geschuldet werden und daß in angemessener Zeit ein Vertrag unterzeichnet werden wird. Nachdem jedoch diese Nachricht aus einer deutschen Quelle in Washington eingetroffen ist, erklärte Staatssekretär Stimson gestern, daß es sich bei diesen Verhandlungen um die Durchführung des Versprechens handele, das gemacht wurde, als der Sachverständigenausschuß in Paris Reparationsfragen erörterte. Der Korrespondent der „Times“ bemerkt: Hinter den Verhandlungen über den Vertrag steht sicher mehr als aus Stimmons vorsichtigen Anspielungen geschlossen werden kann. Die amerikanische Regierung hat auf Grund des in Paris unterzeichneten Kilmomens Gebrauch von dem System des Dawesplanes gemacht. Es ist keineswegs sicher, daß sie das System des Youngplans anwenden wird.

Zur deutsch-amerikanischen Schuldenregelung

Berlin, 26. Okt. Zu den Meldungen über ein besonderes deutsch-amerikanisches Reparationsabkommen hören wir von unterrichteter Seite: Amerika ist an den Annuitäten des Youngplans mit einem geringeren Betrag beteiligt, als ihm nach dem Dawesplan zugeteilt war. Da die Vereinigten Staaten aus dem Zahlungsmodus des Youngplans auszusteigen wünschen, haben sie Deutschland vorgeschlagen, über die amerikanische Quote, die der Youngplan vorschreibt, ein Sonderabkommen zu schließen. Von unterrichteter Seite wird mit aller Entschiedenheit betont, daß sich an den materiellen Verpflichtungen Deutschlands auf Grund des Youngplans nichts ändert, weder was die Höhe der Zahlungen noch die Regelung des Transfers betrifft. Bei den Abkommen handelt es sich lediglich um eine reparationstechnische Aenderung des Zahlungsplanes.

Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen

Paris, 27. Okt. Nach einer Agenturmeldung aus Washington hat der erste Sekretär der amerikanischen Botschaft in Paris, Wilson, den Auftrag erhalten, sich nach Berlin zu begeben, um an den deutsch-amerikanischen Besprechungen über eine technische Aenderung des im Youngplan festgesetzten Zahlungsmodus teilzunehmen.

Daladier nimmt an

Paris, 27. Okt. Der Präsident der radikalen Partei Daladier, hat sich am Samstag nachmittag zum Präsidenten der Republik begeben und ihm mitgeteilt, daß er den ihm erteilten Auftrag, die neue Regierung zu bilden, annehme. Als Daladier kurz vor 4 Uhr das Elysee verließ, erklärte er den Journalisten: „Ich werde jetzt die Besprechungen mit meinen politischen Freunden fortsetzen. Zunächst werde ich mich zu den Präsidenten des Senats und der Kammer begeben. Den Sozialisten werde ich eine wirkliche Beteiligung in Form einer Zusammenarbeit in der Regierung anbieten. Ich werde meine Bemühungen fortsetzen, ohne mich zu beunruhigen und mich übermäßig zu beeilen.“

Die Sozialisten stimmen zu

Paris, 27. Okt. Die sozialistische Kammerfraktion, die heute vormittag 10 Uhr zusammengetreten war, hat mit 36 gegen 12 Stimmen folgende Entschließung angenommen: Die sozialistische Parlamentsfraktion spricht sich für die Annahme der Vorläufe des Vorstehenden der Radikalen Partei, Daladier, zwecks Beteiligung der Sozialisten an der Regierung aus, bekräftigt das dem Exekutivkomitee übertragene Mandat und fordert den Vorstand der Partei auf, den Nationalrat einzuberufen, um ihn des näheren vollständig zu informieren. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei wird am Montag zusammenzutreten, um zu dem Beschluß der Kammerfraktion Stellung zu nehmen.

Briand bleibt Außenminister

Paris, 27. Oktober. Briand hat eingewilligt, in das zu bildende Ministerium Daladier als Außenminister einzutreten.

Die badischen Landtagswahlen

Karlsruhe, 27. Okt. Die Wahlen zum badischen Landtag sind trotz des vorausgegangenen überaus heftigen Wahlkampfes, so weit die zur Stunde bekannt, überall ruhig verlaufen. In der Landeshauptstadt war die Wahlbeteiligung ziemlich stark. Man schätzt sie auf über 70 Prozent, während nach den bisherigen Meldungen aus Freiburg dort eine Wahlbeteiligung bis zu 90 Prozent zu verzeichnen ist.

Der bisherige Landtag zählte in der Regierung (Weimarer Koalition) insgesamt 50 Abgeordnete und zwar Zentrum 28, Sozialdemokraten 16, Demokraten 6; die Opposition stellte 22 Abgeordnete, Deutschnationale 8, Deutsche Volkspartei 7, Wirtschaftliche Vereinigung 3, Kommunistische Partei Deutschlands 3, Linke Kommunisten 1. Die heutige Wahl vollzog sich erstmalig nach dem neuen Wahlsystem, das an Stelle der bisherigen 7 Wahlkreise 22 geschaffen hat. Durch die Verkleinerung der Wahlkreise wurde vor allem das Ziel verfolgt, die Abgeordneten in engeren Kontakt mit der Wählerschaft des Bezirks zu bringen. Die Gesamtzahl der Landtagsabgeordneten hängt von dem Umfange der Wahlbeteiligung ab. Wie bisher entfällt auf je 10 000 Stimmen oder einen Schlußstrich von mehr als 7500 Stimmen je ein Abgeordneter.

Anteiliges Gesamtergebnis der badischen Landtagswahl

Karlsruhe, 28. Oktober. Zentrum 341 800 (34 Sitze), Sozialdemokraten 187 290 (18), Deutschnationale Volkspartei 34 081 (3), Deutsche Volkspartei 74 318 (7), Demokraten 62 335 (6), Wirtschaftspartei 35 613 (3), Kommunisten 55 169 (5), Linkskommunisten 1530 (0), Badische Bauernpartei 28 141 (3), Nationalsozialisten 65 106 (6), Evangelischer Volksdienst 35 328 (3), Christlichsoziale 5105 (0), Volkspartei 6803 (0). — Abgegebene Stimmen 932 679. — Der künftige Landtag wird 88 Abgeordnete gegenüber bisher 72 haben. Die Wahlbeteiligung dürfte durchschnittlich 65 Prozent betragen haben.

Der Vertrag mit dem Schwedentrust

Berlin, 27. Okt. Der Vertrag zwischen der Reichsregierung und dem schwedischen Zündholztrust ist Samstag nachmittag vom Reichsfinanzminister und zwar Kreuzer endgültig unterzeichnet worden. Aus der offiziellen Veröffentlichung über die Vorgeschichte und den Inhalt des Vertrags ergeben sich nur noch einige Ergänzungen. Hervorzuheben ist, daß das Zündholzmonopol dem Reiche zusteht, so daß die Monopolgesellschaft, der die Zündholzfabriken angehören, nur die Ausübung des Monopols übernehmen wird. Im Aufsichtsrat der Monopolgesellschaft werden je fünf Mitglieder von der deutschen und von der schwedischen Seite bestellt werden; der Vorsitzende, der Deutscher sein muß und als erstes Mitglied von den zehn anderen Aufsichtsräten gewählt wird, bedarf der Bestätigung durch die Reichsregierung. Anzustreben bleibt das bisherige Preisverhältnis beim Zündholzhandel, in dem 65 Prozent der schwedischen Gruppe und 35 Prozent den deutschen Fabriken zufallen. Der Kleinhandelspreis von 39 Pfg. für das Paket mit zehn Schachteln wird in dem Gehege festgelegt, nach Ablauf von vier Jahren kann er auf dem Wege der Reichsregelgebung geändert werden.

Die Anleihe von 125 Millionen Dollar, die zu 3 Prozent ausbezahlt und zu 6 Prozent verzinst wird, soll 30 Jahre laufen, aber nach zehn Jahren konvertierbar sein und von diesem Zeitpunkt an auch getilgt werden. Für die Ausgabe von Obligationen des Reiches durch den Schwedentrust ist eine Sperrfrist von drei Jahren vereinbart, die nach der Auszahlung des zweiten Teilbetrages beginnt. Der erste Teilbetrag der Anleihe von 50 Millionen Dollar ist sieben Monate nach der Beendigung des Monopolgesetzes ausbezahlt. Die Beteiligung des Schwedentrusts an dem Mehrertrag der Monopolgesellschaft nach Verteilung der 8 Prozent Dividende und der Auszahlung des festen Reichsanteils von 13 RM. pro Kiste (zu 10 000 Schachteln) dauert mindestens 35 Jahre. Wenn bis dahin die Anleihe nicht voll zurückgezahlt ist, erhält der Schwedentrust statt der normalen 50 Prozent nur 25 Prozent des Ueberschusses, während das Reich 75 Prozent erhält. Bemerkenswert ist an der amtlichen Veröffentlichung die Feststellung, daß das Monopolgesetz im Rahmen der gesamten zur Reichsfinanzreform gehörenden Gesetzentwürfe dem Reichstag vorgelegt werden soll, sobald die Entscheidung über die Annahme des Youngplans herbeigeführt werden kann. Da sich die abschließenden Arbeiten für die Ratifizierung des Youngplans als schwieriger erweisen haben, als man ursprünglich annahm, redet man jetzt damit, daß sich der Reichstag mit der Ratifizierung und mit den Finanzgesetzen einschließlich des Monopolgesetzes erst im Januar nächsten Jahres wird befassen können.



Neues vom Tage

Reform der Krankenversicherung?

Berlin, 26. Okt. Im Reichsarbeitsministerium wird, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, demnächst eine Besprechung über den Ausbau der Krankenversicherung stattfinden. Als Unterlage der Besprechung sollen die in einem Referentenentwurf aufgestellten Grundzüge dienen, da ein Gesetzentwurf noch nicht vorliegt. Es soll, dem genannten Blatt zufolge, geprüft werden, inwieweit der Kreis der Versicherten und das Ausmaß der Leistungen den sozialen Bedürfnissen besser angepaßt werden können. Insbesondere soll der Familienbeitrag der Krankenversicherung durch verschiedene Maßnahmen (Krankenhilfe für Familienangehörige, Familienzulagen zum Kranken- und Hausgeld) verbessert werden. Der zweite Teil der Erörterungen wird sich mit dem Ausbau der Krankenversicherungen befassen. Es ist geplant, für das ganze Reich einen Hauptauschuss für Krankenversicherung zu bilden.

Die Kämmung von Aachen

Aachen, 26. Okt. Wie von unterrichteter Stelle verläuft, wird Aachen am 30. November von der Besatzung geräumt sein. Als letzter belgischer Soldat wird der kommandierende General der belgischen Besatzungstruppen, General Bouleux, Aachen verlassen.

Die Tagung der Unterausschüsse der Länderkonferenz verschoben

Berlin, 27. Okt. Die für den 29. Oktober in Aussicht genommene Fortsetzung der Beratungen der Unterausschüsse der Länderkonferenz ist wegen Verhinderung einiger Mitglieder auf Montag, 18. November, verlegt worden.

Fürst Bülows Todeskampf

Berlin, 27. Okt. Fürst Bülows Kräfte erschöpfen sich, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, immer rascher. Seine trotz des hohen Alters gesunde und kräftige Natur ringt vergebens gegen das Unvermeidliche. Während er bisher noch längere Pausen klaren Bewusstseins hatte, beginnt sich jetzt seine Rede zu verwirren. Die Ärzte, die schon seit vorgerückter Zeit jede Hoffnung aufgegeben hatten, befürchten, daß er den Sonntag nicht überleben wird.

46 Wolgadeutsche verhaftet

Berlin, 27. Okt. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Krasnodar: In Krasnodar, dem Verwaltungszentrum der deutschen Wolgarepublik, wurden 46 deutsche Wolgafolksleute durch die dortige G.P.U. verhaftet. Der Grund dafür wird den Verhafteten vorgeworfen, daß sie den Konsumverein in Krasnodar dadurch geschädigt hätten, daß sie Manufakturwaren in Krasnodar und Saratow privat vertrieben hätten.

Disziplinarverfahren gegen Bürgermeister Berndt-Schöneberg
Berlin, 26. Okt. Der Bürgermeister von Schöneberg, der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Berndt, hat, dem „Volksbeobachter“ zufolge, an den Berliner Magistrat ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß er aus Gewissenspflicht nicht in der Lage sei, die Verhaftung auszuführen, monach die bekannte Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten über das Verhalten der Beamten gegenüber dem Volksbeobachter an die ihm unterstellte Beamtenchaft weitergegeben werden sollte. Bürgermeister Berndt fügt noch hinzu, daß er auf seine Immunität als Reichstagsabgeordneter verzichte. Die Aufhebung ist notwendig, wenn ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden soll. Dieses Verfahren ist von der zuständigen Aufsichtsbehörde, dem Oberpräsidenten beabsichtigt.

Eröffnung des Disziplinarverfahrens gegen Schneider
Berlin, 26. Okt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Oberpräsident von Brandenburg heute gegen den Bürgermeister Fritz Schneider vom Bezirksamt Berlin-Mitte das Disziplinarverfahren eröffnet und die Suspension vom Amt verfügt.

Ich oder — Ich?

Roman von Hermann Hagedorn

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Armer, dummer Larry!“ dachte er und hatte wirklich Angst, daß Larry sich eine böse Suppe einbroden könne. „Larry!“ rief Vestmann. Er wollte ihn mit einem Auftrag forschiden. Aber Larry ließ nichts von sich hören. Trotzdem war Vestmann davon überzeugt, daß er mit seinem Revolver noch immer hinter der Tür lauerte, um seinen Herrn zu verteidigen.

„Wir möchten einige Fragen an Sie richten“, sagte der eine Beamte mit dem Achselstück des Inspektors.

„Bitte!“ Vestmann ließ einige kunstvolle Ringe über den Schreibtisch entschweben.

„Der Ermordete . . .“ begann der zweite Beamte, aber plötzlich unterbrach er sich und biß sich auf die Lippen, denn ein warnender Blick des Inspektors hatte ihn getroffen.

„Es ist so . . .“ begann jetzt der Inspektor, „daß alles Zeugnis nichts helfen wird!“

Die Lippen des Inspektors waren hart und brutal. Seine Hand lag am Revolver und Vestmann hatte das Gefühl, daß diese Hand eventuell sehr schnell sein könne.

„Nein!“ sagte Vestmann heiser. Er hatte wirklich keine Zweifel daran, daß alles Zeugnis zwecklos sein würde.

Er machte einige dürftige Züge aus seiner Zigarette. „Vielleicht sind es die letzten Züge!“ dachte er bitter.

„Es freut uns, daß Sie eine gute Meinung von uns haben!“ sagte der Inspektor, und Vestmann knirschte leise mit den Zähnen ob dieses Hohnes.

Wieder öffnete sich leise der Spalt in der Tür hinter den Beamten. Vestmann wachte, daß Larry jetzt auf einen Befehl wartete. Aber er gab den Befehl nicht. Er krampfte die Fäuste zusammen und berechnete, ob seine Kinnhaken schnell genug kommen könnten, um das Ziehen der Dienstwaffen der Beamten zu verhindern.

Aber da griff der Beamte auch schon in seine Tasche. Die Knospen Vestmanns spannten sich. Die Faust wurde ihm hart wie ein Stück Eisen.

Wieder ein Beamter wegen Bestechung festgenommen
Berlin, 26. Okt. In seiner Wohnung zu Steglitz wurde der Oberpostinspektor Stiebig von der Kriminalpolizei festgenommen. Ihm wird Bestechung im Amte zum Vorwurf gemacht. Stiebig war mit der Vergebung und Ueberwachung von Aufträgen betraut, die sich auf Kabelverlegungen bezogen. Er hat zugegeben, Summen von 800 bis 1000 Mark für seine Gefälligkeiten von den Firmen erhalten zu haben.

51 Hinrichtungen an einem Tage in Rußland

London, 27. Okt. Nach einer Meldung des „Daily Express“ aus Moskau sind am Freitag auf Anordnung der Tscheka 51 Personen hingerichtet worden. Weitere 50 Personen wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Anklage lautete auf Betätigung an geheimen Verschwörungen gegen den Bestand der Sowjetrepublik. Die Urteile wurden ausnahmslos in geheimen Prozessen gefällt. Seit vielen Jahren hat eine derartig große Zahl von Hinrichtungen an einem Tage nicht stattgefunden.

Neue Kriegsgefahr in der Mandchurie?

Schanghai, 27. Okt. In einer Note an die Unterzeichner des Kellogg-Paktes legt die chinesische Regierung ihre Auffassung über den Stand der Beziehungen zu Rußland dar. Sie weist darauf hin, daß China die deutsche Formel als Verhandlungsgrundlage angenommen hat, während die Sowjetregierung den Vorschlag des Gefangenenaustausches ablehnte und der deutschen Regierung zu verstehen gab, daß kein Sowjetangehöriger mit der chinesischen Regierung in Verhandlungen treten dürfte und daß auch eine Vermittlung von dritter Seite nicht angenommen würde, es sei denn, daß die ursprünglichen Forderungen der Sowjetregierung erfüllt würden. Die chinesische Regierung befreit jegliche Angriffsabsicht gegen das Sowjetgebiet und legt andererseits der Sowjetregierung zahlreiche feindselige Akte gegen das chinesische Gebiet zur Last. Sie erklärt zum Schluß, daß sie die Sowjetregierung für alle Schäden und Verluste an Eigentum verantwortlich mache und daß, falls die unaufrichtigen Prosoffaktionen zum Kriege führen sollten, die Schuld die Sowjetregierung treffen würde.

Der Pantomer Bestechungsfall wird zum Skandal

Berlin, 27. Okt. Es scheint, als ob die große Bestechungsangelegenheit, die sich um die Firma Klop in Berlin-Pantow rankt, immer weitere Kreise zieht und sich ebenbürtig dem Skandal Skandal an die Seite stellt. Immer neue Berechtigungen werden entdeckt und der Kreis der Persönlichkeiten, die in die Klop-Affäre verwickelt sind, wird von Tag zu Tag größer. Kammerrätin ist auch einer der leitenden Beamten vom Betriebsamt des Stettiner Bahnhofes in Berlin, der Regierungs- und Bauart Edward Arnold aus Charlottenburg, verhaftet worden, nachdem er am Tage vorher bereits disziplinarisch vom Dienst suspendiert wurde. Die Untersuchung hat ergeben, daß Arnold der passiven Bestechung schuldig ist.

Die Abende

werden länger und das Bedürfnis nach einer täglichen Zeitung wird immer größer. Versäumen Sie deshalb nicht, die

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

zu bestellen. In ihrer Ueberständigkeit und Vielseitigkeit des Gebotenen ist sie den Familien in weitem Umkreis ein beliebter und unentbehrlicher täglicher Gast geworden. Bestellen auch Sie unsere Zeitung, falls Sie noch nicht Leser unserer Zeitung sein sollten und tun Sie das

heute noch!

Aber dann entspannte sich jäh seine Faust, als der Beamte weder Kette noch Revolver hervorzog, sondern ein Bild.

Der Beamte reichte es Vestmann. „Das bin ich . . . ich!“ sagte Vestmann rau. Er fühlte die Sprödigkeit seiner Kehle schmerzhaft und versuchte den Lebenshunger, der jetzt wilder und heftiger in ihm brannte, als in den letzten zehn Jahren.

„In der Kollibri-Bar . . .“ wollte der Inspektor beginnen. Aber Vestmann machte eine abwehrende Bewegung mit der Hand.

„Einzelne! Das Spiel ist aus! Fesseln Sie mich, ehe ich eine Dummheit mache . . .“ Er hielt den Beamten die Hände hin. Er biß die Zähne in die Lippen, daß er das süße Blut spürte. In seinen Ohren rauschten wilde Stürme und durch seine Muskeln liefen fast Krämpfe . . . Diese Fäuste wollten . . . kämpfen . . .

Dann aber traf ihn ein wahnwitziges Gelächter und riß Vestmanns Augen, die er sekundenlang geschlossen hatte, auf.

Vestmann sah in die Gesichter der beiden Beamten. Sie waren vor Lachen verzerrt.

„Großartig, Herr Konjul!“

„Sie sind ein großer Schauspieler!“

„Was soll dieser Hohn?“ fragte Vestmann bitter. Er begriff nicht, warum die Beamten ihn in dieser Weise höhnten.

Aber ganz plötzlich erkannte Vestmann zu seinem noch größeren Erstaunen, daß diese Beamten ihn nicht höhnten, sondern daß ihr Lachen echt war.

„Nein, so wie Sie hat es dieser verd . . . Paul Vestmann nicht gemacht“, sagte der Inspektor und wachte sich die Lastränen aus den Augen, . . . er hat ekelhaft mit den Zähnen gestochen, er hat gebissen und getracht wie eine Katze. Es war eine häßliche Szene, bis wir ihm die Schellen um die Gelenke legen konnten. Nachher hat er gehult und gewinkelt wie ein kleines Kind. Wir fanden dann bei ihm einen Haufen Geld und einen Scheck, der mit Ihrem Namen unterzeichnet war, Herr Konjul! Das führt uns darauf, daß Sie der Betrogene sein müßten. In der Kollibri-Bar

Württembergischer Landtag

Die Stellung Württembergs zur Reform der Arbeitslosenversicherung

Stuttgart, 26. Okt. Der Landtag beschäftigte sich am Samstag mit der Großen sozialdemokratischen Anfrage betr. Stellung Württembergs zur Reform der Arbeitslosenversicherung, nachdem er gestern die Große sos. Anfrage betr. Rentenabgaben erledigt und die hierzu gestellten sos. Anträge ohne Abstimmung noch angenommen hatte.

Abg. Weimer (Sos.) begründete die Anfrage. Wohl selten hat ein innerpolitisches Problem die Leidenschaften aller Bevölkerungskreise so stark aufgewühlt, wie die vor kurzem vom Reichstag verabschiedete Novelle zur Arbeitslosenversicherung. In manchen Kreisen ist geradezu eine Hysterie wegen der Sozialpolitik überhaupt entstanden. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde geschaffen von dem Zentrums-Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Die Versicherung ist gegenüber der früheren Bürosorge ein großer Fortschritt. Die Haltung der württ. Regierung im Reichstag war reaktionär und sozialfeindlich. Der württ. Vertreter hat Anträge der Sozialdemokratie gestellt und sogar noch begründet. Die württ. Regierung hat auch die Beitragsverbesserung abgelehnt. Am verwerflichsten aber ist die Unterfütterung eines bayerischen Antrags betr. Kürzung der Unterfütterungsätze für die Lohnklasse 5—11.

Wirtschaftsminister Dr. S e e r l e : Ich werde mich von dem sozialdemokratischen Redner dadurch unterscheiden, daß ich ohne polemische oder parteipolitische Stellungnahme nur die Zahlen sprechen lasse. Ursprünglich betrug der Beitragssatz für Arbeitslosenversicherung 3 Prozent. Bis Juli 1929 mußte aber das Reich 490 Millionen Mark Zuschüsse geben. Eine Abhilfe war dringend notwendig. Der Entwurf der Reichsregierung leiste die Zahl von 1,1 Millionen Arbeitslosen zuwande und erreichte einen Teilerlösbetrag von 279 Millionen Mark. Die Vorschläge der Reichsregierung brachten keine volle Deckung des Defizits. Das württ. Wirtschaftsministerium ging an die Arbeit mit der Ansicht heran, daß die Arbeitslosenversicherung nicht verschoben werden darf, sondern erhalten bleiben muß. Dabei war aber auch die Lage der Reichsfinanzen und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu beachten. Wir waren nicht arbeitsfähig und von vornherein gegen eine Beitragsverbesserung. Württemberg mußte einen vorläufigen Standpunkt einnehmen, umso mehr, als ja Württemberg Ueberfütterungsgebiet ist. So hat im vergangenen Jahr 14,5 Millionen Mark mehr abfließen müssen, als es seinen eigenen Arbeitslosen bezahlt hat. Württemberg hat zunächst einer Beitragsverbesserung von 3 auf 3,5 Prozent zugestimmt. Als dann aber eine ganz geringe Mehrheit des Reichsrats für die Saisonarbeiter eine Beitragsverbesserung von 3 auf 4,5 Prozent beschloß, haben wir das abgelehnt und nur aus diesem Grund allein haben wir dann auch gegen das ganze Gesetz gestimmt. Wir mußten vor allem auf die Reichsfinanzen Rücksicht nehmen. Jede Anordnung in den Reichsfinanzen hat ihre Rückwirkung auf die Landesfinanzen. Auch wir fühlen mit der Not der Arbeitslosen und sind für ihre Erleichterung besorgt. Den Vorwurf, daß wir arbeitserfeindlich und sozialreaktionär seien, weisen wir entschieden zurück. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums hat sogar jede Zuschussleistung des Reiches abgelehnt. Die Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung könnte nur in einer Verdringung des Aufbaues gesucht werden. Wir sind nicht daran schuld, wenn die Reichsanstalt noch mit einem Defizit von 200 Millionen Mark dahinführt. Der alte Wille der württ. Regierung sollte von der Arbeiterschaft anerkannt werden.

Das Haus trat dann in eine Besprechung der Anfrage ein. Der Abg. G e n g l e r (Z.) wies darauf hin, daß die bei den Arbeiten vorgenommenen Abzüge in der Woche jetzt schon einen Tageslohn ausmachen. Arbeitsbeschaffung sei wichtiger als Unterfütterung. Abg. K o t b (Dem.) erklärte sich gegen jede Beitragsverbesserung über 3,5 Prozent hinaus. Die Arbeiter selbst seien mit weitergehender Erhöhung nicht einverstanden. Der Abg. D i n g l e r (BB.) wies auf die Mißbräuche in der Arbeitslosenversicherung hin. Die Landwirtschaft habe Mühe, Arbeitskräfte zu bekommen, während Millionen stempeln gehen. Man sollte eine Arbeitsdienstpflicht einführen. Breche die Wirtschaft zusammen, dann höre jede soziale Fürsorge auf. Der Abg. M a n e r (DB.) billigte die Haltung der Regierung. Der Abg.

zogen wir Erkundigungen ein. Dort erfuhren wir, daß der Halunke sich an Sie herangemacht hat! Sie sind wahrscheinlich auf die Reklamschicht, die dieser Vestmann originellerweise mit Ihnen hat, hereingefallen und haben ihn eingeladen . . . zum Dank dafür hat er Sie bestohlen. Nein, dieser Paul Vestmann hat ausgespielt und all sein Zeugnis wird ihm nichts nützen . . . ha . . . ha . . .

„Zeugnet er denn?“ fragte Vestmann mit einer Stimme, deren Tonfall so hoch war, daß sie fast zerbrach. Die harten Gesichter der Beamten tanzen in Nebelwolken gehüllt wie Kinderballons vor seinen Augen auf und ab.

Sprachen diese Beamten die Wahrheit oder verstellten sie sich?

Vestmann zerknautschte eine Zigarette in der Hand und verbrannte sich die Finger, ohne daß er es in der Erregung merkte.

„Natürlich leugnet er . . . Es ist ganz toll geworden!“

„Wieso?“

„Er behauptet, das wäre sein Geld! Sein Schatz und . . .“, eine wütende Rote schoß in das Gesicht des Beamten.

„ . . . und er behauptet, daß er selbst Benno Kram sei!“, jagte Vestmann durch die Zähne hindurch.

Der Beamte fuhr hoch: „Zum Teufel, woher wissen Sie das, Herr Konjul?“ Vestmann sah erschreckt das Flackern eines Mißtrauens in den Augen des Inspektors. Nur ein leichtes Flackern . . . gleich konnte es in eine Flamme der Erkenntnis auschlagen . . .

Vestmann ging an dem Beamten vorbei zum Glockenzug. Er fühlte das leise Zittern seiner Knie und sein den Beamten jetzt abgewandtes Gesicht war zerrissen und gequält.

„Eine gefährliche Karte, die ich jetzt ausspiele!“ sagte sich Vestmann und drückte auf den Klingelknopf.

Johann erschien. Er war noch immer sehr bleich und Vestmann sah, daß keine Schweißtropfen auf seinen Stirn standen. Hinter Johann sah Vestmann im Schatten des Flurs die mächtigen Schultern Larrys.

„Johann, da ist ein Verbrecher im Gefängnis eingekerkert, der die Behauptung aufstellt, daß selbst bei Benno Kram und ich ein Schwindler . . .“

(Fortsetzung folgt.)



Ballmer (K.) wandte sich gegen jede weitere Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung. Als ihm der Abg. Ulrich (S.) in einem Zwischenruf das Wort räner zurück, nannte er diesen einen Schuft. Bismarckpräsident Hiller rief beide Abgeordnete zur Ordnung. Der Abg. Bausch (CSD.) nannte die Arbeitslosenversicherung ein Ehrenmal in der Sozialpolitik und erklärte, daß die württ. Regierung immer noch arbeiterfreundlicher sei als der sos. Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, der jede Beitragserhöhung abgelehnt hat. Nach weiterer Aussprache, die bis gegen 3 Uhr hinso, wurde die Besprechung der Anträge geschlossen. Nächste Sitzung Dienstag nachmittag: Fideikommissionen und Gemeindeordnung.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 28. Oktober 1929.

Das Ernte- und Herbstankfest, das in diesem reich gesegneten Jahr besonderen Anlaß zur Dankbarkeit gibt, wies einen guten Kirchenbesuch auf. In der hiesigen Stadtkirche war Altar und Taufstein reich geschmückt mit Proben der Ernte, sowie Früchten und Blumen aller Art, die Zeugnis vom guten Jahrgang gaben. Der Musikverein verschönte den Dankgottesdienst mit zwei prachtvoll gesungenen Liedern. Das Opfer, das für die Hagelgeschädigten und die Anfallten der inneren Mission bestimmt war, ergab den schönen Betrag von 110 Mark und zeigt, daß die Dankbarkeit des Herzens auch im Opfer ihren Ausdruck fand. Freundschaftlicher Wetter ließ die prachtvoll gefärbte Herbstlandschaft nochmals in Spaziergängen und Wanderungen genießen. Die Stunden mit freudlichem Sonnenschein waren nochmals ein Abglanz des verfloßenen schönen Sommers und Herbstes.

Zum 5. Weltspartag, 30. Oktober 1929. Auch der diesjährige 30. Oktober soll wiederum alle Völker der Erde auf den Sinn und die Bedeutung des Sparens hinweisen. Weltspartag wird dieser Tag bezeichnet, der zum fünften Male von allen großen Sparorganisationen, zu denen auch vor allem die deutschen Kreditgenossenschaften gehören, gemeinsam festgehalten ist. Der Spartag, seit jeher eine besondere Eigenschaft des Deutschen, hat nach der Ordnung unserer Währung auch in Deutschland nach schwerem wirtschaftlichen Niedergang die alte Anziehungskraft wiedergewonnen. Daß nur ein Volk, bei dem Sparjamkeit Gemeingut geworden ist, Achtung und Vertrauen gewinnt und bestehen kann, ist dem Deutschen unbedingtes klar geworden. Die Notwendigkeit des Sparens ergibt sich für Deutschland in der heutigen Zeit in ganz besonderem Maße. So sei denn auch an dieser Stelle des fünften Weltspartags, 30. Oktober 1929, gedacht. Er sei ein Mahnruf an das deutsche Volk, durch Sparen zur Beseitigung der wirtschaftlichen Not beizutragen.

Deutscher Abend. Die hiesige Ortsgruppe der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei hielt gestern abend im gut beleuchteten „Grünen Baumsaal“ unter Mitwirkung der S.A.-Musikkapelle und des Trommler- und Pfeiferkorps Nagold einen im Zeichen des Hakenkreuzes stehenden Deutschen Abend ab. Nach einem stoff gelipelten Eröffnungsmarsch begrüßte der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Herr Gehnen, die Erschienenen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Abend dazu beitragen möge, die nationalsozialistische Bewegung in weitere Kreise zu tragen. Die eigentliche Begrüßungsansprache hielt Herr Böhner-Nagold, der das heutige System scharf geißelte und zum Schluß sagte, es ziehe sich jetzt schon ein starker roter Faden durch das deutsche Volk, auf der einen Seite die nationalen Kreise, die noch Ehre genug im Leibe hätten, um sich gegen Verklaffung zu wehren, auf der andern Seite das internationale Groß- und Finanzkapital. Es werde über kurz oder lang heißen: „Die Rax Holz — die Hitler“. Das übrige sehr inhaltsreiche Programm wurde gut, aber etwas zu langsam abgewickelt. Besonders gefallen konnten die lebenden Bilder. Auch das Volksstück „Er wa che mein Volk“, aus der Zeit der Befreiungskriege, wurde stoff gelipelt und gut wiedergegeben. Alles in allem kann wohl gesagt werden, daß die zahlreichen Besucher auf ihre Rechnung kamen.

Gaugenwald, 27. Oktober. (Volksbegehren.) Für das Volksbegehren haben hier bis jetzt 89 Prozent unterzeichnet. Mit Ausnahme von Alten und Kranken kann mit dieser Zahl die Eintragungsliste für beinahe abgeschlossen gelten.

Zum letzten Tag für's Volksbegehren Wohl sind es noch viele im deutschen Land, die stehen noch fern dem Volksbegehren, die erkennen mit an, die Schuld und die Schand und wollen für's Vaterland sich nicht mehr wehren. Denn man findet ja dies noch lang nicht bei jedem, daß sie fühlen die wirkliche Not, und die sehen auch nicht des Volkes Schäden, und daß dies zum Kampf führt, um Leben und Tod. Denn die Schuld geht nicht nur auf wenig Jahre hinaus, nein, werfel doch weiter den Blick, dies fällt ein anderes Leben noch aus, das zerfällt noch der Kinder Glück! Wohl wählt ja Gutes aus mancher Not, man darf nur den Kampf nicht scheuen, doch härteste Knechtschaft, die führt zum Tod, da kann kein Volk mehr gedeihen. Da verdriß vom Besten, was man noch hat, vom edelsten, teuersten Volksoermögen, drum stehet nicht stumm zu der feigen Tat, einflagen noch Kinder um Heimalstagen. Und nehmen sie uns dann den letzten Tropfen, wenn schände Geldgier soll ausblühen, so soll das Herz doch in Treue weiterklopfen und soll für Glaube und Heimat, für Freiheit, in Liebe, erglühen. F. D.

Nagold, 26. Oktober. (Der neue Stadtbaumeister.) — Das Volksbegehren. In der letzten Sitzung des Gemeinderats ist der bisherige stellvertretende Stadtbaumeister Benz als Stadtbaumeister ab 1. Oktober 1929 definitiv angestellt worden. — Zum Volksbegehren haben sich in Nagold bis gestern abend 220 Personen eingetragen.

Calw, 26. Oktober. In den Ruhestand getreten ist nach Erreichen der Dienstaltersgrenze Stationskommandant Sauter hier. Stationskommandant Sauter hat seit 1. April 1907 über 22 Jahre lang ununterbrochen beim hiesigen Stationskommando Dienst getan und sich in diesem Zeitraum in hohem Maße das Vertrauen der Bevölkerung in Stadt und Bezirk erworben.

Kottweil, 26. Oktober. (Ein Auto in den Stadtgraben.) Heute morgen gegen halb 1 Uhr fuhr, von der Tuttlinger Straße herkommend, ein hiesiger Lederhändler mit seinem Auto in den etwa 20 Meter tiefen Stadtgraben. Das am Graben angebrachte Rohrgeländer wurde weggerissen und ebenso eine Telegrafenstange mit in die Tiefe geschleudert. Das Auto lag in total zertrümmertem Zustande im Graben, doch wurde der Besitzer nur leicht verletzt. Die Sanitätskolonne hat den Verunglückten sofort in das Krankenhaus geschafft.

Stuttgart, 26. Okt. (Der Fluch der bösen Tat.) Ein ehrenwerter, älterer Schultheiß eines hohenloheischen Vertschens wurde durch anonyme Briefe beim zuständigen Oberamt in schwerster Weise angegriffen und beleidigt. Das von der Staatsanwaltschaft eingeholte Schriftgutachten entlastete jedoch in ganz bestimmter Weise alle verdächtigen Personen. Im Frühjahr 1929 ging nun, wie die „Württ. Zeitung“ berichtet, ein weiterer anonym Brief ein und gleichzeitig legte der Schultheiß eine von ihm aufbewahrte anonyme Postkarte aus dem Jahre 1925 vor, die anlässlich einer Gemeinderatswahl geschrieben wurde. Der Sachverstandige konnte als Urheber aller Anonymschreiben einwandfrei und zwingend den Kirchengemeindepfleger feststellen. Die Gewissheit einer schweren Verurteilung nach der in Aussicht stehenden gerichtlichen Verhandlung drückte dem Anonymschreiber vor wenigen Monaten den Revolver in die Hand. Leider durfte der alte Schultheiß keine vollkommene Rehabilitierung nicht mehr erleben; er ist vor kurzem gestorben.

Lohn- und Tariffbewegung. Die beiden Landarbeiterverbände haben den Lohn- und Tarifvertrag für die württembergische Landwirtschaft auf 31. Dezember 1929 gekündigt. Im Laufe des Jahres der Vertragsdauer hatten sich Unklarheiten über die Auslegung der einzelnen tarifvertraglichen Bestimmungen besonders der Lohnklasseneinteilung, ergeben, die sich besonders ungünstig auf die Entlohnung der Landarbeiter auswirkte. Der Abschluß eines neuen Lohn- und Tarifvertrags, in dem klare Bestimmungen geschaffen werden sollen, ist von den Vertretern der Landarbeiter beantragt.

Sch rung. Die württembergischen höheren Forstbeamten ehren ihren Meister, Professor Dr. Wagner in Freiburg, aus Anlaß seines 60. Geburtstages durch die Ueberreichung einer mit 229 Unterschriften ausgestatteten Huldigungsschrift. Professor Dr. Wagner war früher Forstmeister bei Graf Bentheim-Limbürg in Gaildorf, dann Professor an der Universität Tübingen und zuletzt Präsident der württembergischen Forstdirektion. Jetzt lehrt er wieder Forstwissenschaft an der Universität Freiburg i. Br.

Stellingen, 26. Okt. (Zur Oberbürgermeisterwahl.) Um die hiesige Oberbürgermeisterstelle hat sich auch Regierungsrat Dr. Dederer vom Hauptortjorgungsamt Stuttgart beworben.

Tuttlingen, 26. Okt. (Rücknahme von Rändlungen.) Die Rändlungen in der Schußfabrik Reichle wurden bis auf ca. 20 wieder zurückgenommen. Der Betrieb, welcher in den letzten Jahren fast ausschließlich nur für die Gebrüder Skarek in Berlin arbeitete, hat sich nun auf andere Artikel umgestellt.

Ulm, 26. Okt. (Som Rändlungen.) In der letzten Sitzung des Evangel. Gesamtkirchengemeinderats erstattete der Münsterbaumeister Bericht über den Fortgang der Bauarbeiten. Darnach sind Bildhauer und Steinhauer in der Hauptsache für Strebebeulen 2 der Südfassade (weillicher Brauttorpfeiler) beschäftigt. Pfeiler 11 der Nordseite ist samt dem anstehenden Turmstrebebogen vollständig fertiggestellt. Die Radonnenfigur vom südlichen Turmstrebebogen konnte noch nicht fertiggestellt werden. Die Dampf- und Kondensleitungen in den Bodenkanälen des Münsters, besonders längs der Seitenhöfenwände, sind nunmehr sorgfältig isoliert.

Detisheim OÄ. Maulbronn, 27. Okt. (Som Zug überfahren.) Freitag abend ist ein 17jähriger Lehrling von Zwingelhäuser OÄ. Marbach auf der Station Detisheim auf fallender Seite ausgefahren. Er kam unter den Zug, wurde schwer verletzt und starb in der Nacht im Krankenhaus Maulbronn.

Ulm, 27. Okt. (Eisenbahnerajidjal.) Der pensionierte Stellwerksmeister Jol. Prestele leistete an der Haltestelle Oberelchingen aushilfsweise Schrankenwärterdienste. Er bogab sich zu nahe an den Schienenstrang, so daß ihn die Maschine des Eilzugs erfassen und beiseite schleudern konnte. Er verschied alsbald.

Heidenheim a. Br., 25. Oktober. (Eine Sonderausgabe.) Mit besonderem Interesse wurde in den letzten Jahren überall die Entwicklung der Industriestadt Heidenheim verfolgt, welche nicht zuletzt der gesunden Mischung der verschiedensten Industriezweige in der Stadt und im Bezirk zugeschrieben werden kann. In der heute vorliegende reich mit wertvollen Bildern illustrierten Sonderausgabe des „Grenzboten“ wird die Geschichte der Industrie geschildert und eingehend die städtebauliche Entwicklung von Heidenheim behandelt. Daß Heidenheim auch ein Kulturzentrum ist und „eine Perle landschaftlicher Reize“ wird begründet. Durch eine von Künstlerhand geschaffene Titelseite ist die Sonderausgabe auch rein äußerlich sehr ansprechend. Besonders wird auf die in der Sonderausgabe a. a. geschilderte Entwicklung des „Grenzboten“ (Gründungszeit 1848) während der letzten achtzig Jahre hingewiesen: Der Umfang des „Grenzboten“ nahm in diesen 8 Jahrzehnten von 534 Seiten auf 2416 Seiten zu.

Schwerer Autounfall beim Glemsch

Zwei Tote und zahlreiche Verletzte

Stuttgart, 28. Oktober. Am Sonntag früh gegen 10 Uhr ereignete sich auf der Straße zwischen Frauentreuz und Glemsch ein schweres Autounfall. Ein Lastwagen von Stuttgart, besetzt mit jungen Leuten, die einer nationalsozialistischen Kundgebung in Biorzheim beizuwohnen wollten, geriet an der dortigen steilen Kurve ins Schleudern und wurde über die Straße weg in eine Eichenkultur geworfen. Der Führer wurde vollständig zertrümmert, von den Mitfahrenden wurden zahlreiche schwere Verletzungen davon sind auf dem Wege ins Krankenhaus gestorben. Die übrigen wurden nach dem Stuttgarter Katharinenhospital verbracht, wo sie nach Anlegung von Verbänden bis auf vier wieder entlassen werden konnten. Ärztliche Hilfe war rasch zur Stelle. Durch ihr Eingreifen konnten sich die übrigen leichter Verletzten zu Fuß wieder nach Hause begeben.

Zu diesem folgenschweren Unglücksfall erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Eine Gruppe Nationalsozialisten mit 25 Mann von Stuttgart wollte eine Werbefahrt für das Volksbegehren nach Biorzheim unternehmen. In der steilen Kurve hinter dem Glemsch — die Unglücksstelle liegt noch auf der Rennstraße — kam der Lastkraftwagen auf der betretenen aber schlüpfrigen Straße ins Schleudern. Da offenbar auch die Bremse versagte, verlor der Führer die Herrschaft über den Wagen und vermochte ihn nicht mehr anzuhalten. Mit erheblicher Geschwindigkeit wurde der Wagen in der Kurve aus der Fahrbahn getragen, überschlug sich in dem Graben, stürzte die Böschung hinab, den größten Teil der Nationalsozialisten unter sich begrabend. Da gerade diese Stelle auch noch mit Bäumen bewachsen ist, wurden die anderen aus dem Wagen geschleuderten Nationalsozialisten im Fallen verletzt. Ein Mann namens Kirchhoff aus Stuttgart wurde dabei so schwer verletzt, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus starb. Ein anderer, namens Frik Hahn, trug lebensgefährliche Verletzungen davon. Er wurde mit noch drei anderen ernstlich Verunglückten nach dem Krankenhaus Leonberg verbracht. Alle übrigen, darunter auch der Wagenführer, kamen in das Katharinenhospital nach Stuttgart. Die Leichtverletzten konnten nach Anlegung eines Verbandes wieder entlassen werden.

Der neue Präsident des Landesfinanzamts

Stuttgart, 27. Okt. Zum Präsidenten des Landesfinanzamts Stuttgart ist der derzeitige Präsident des Landesfinanzamts Schleswig-Holstein, Pfeiffer, ernannt worden. Das bedeutet zweifellos eine Bräusierung Württembergs, das vor eine vollendete Tatsache gestellt worden ist, obwohl von württembergischer Seite noch weitere Verhandlungen beabsichtigt waren, zu denen sich Staatspräsident Dr. Volz demnächst nach Berlin begeben wollte. — Präsident Pfeiffer, von dem schon früher bei den Erörterungen über die Besetzung der Stelle die Rede war, steht im 55. Lebensjahr. Er ist Rheinländer und war als Jurist viele Jahre bei der Reichsjustiz- und Reichssteuerverwaltung in Eßfeld-Lothringen tätig, bis er nach dem Kriege ins Reichsfinanzministerium berufen wurde.

Die Basler Mission in China

Wie eine Extraausgabe des „Evangelischen Heidenboten“ mitteilt, hat sich nach einem Telegramm vom 14. Oktober die Lage in Kainin, in dessen Umgebung bekanntlich vor kurzem die drei Basler Missionare von Räubern entführt wurden, gebessert, so daß augenblicklich keine Gefahr für die dortige Station besteht. Kainin ist der gefährdetste Punkt des Nordostgebietes der Basler Mission in China. Ein Telegramm vom 8. Oktober meldete, daß die dortige Station von Kommunisten bedroht sei und daß Frauen und Kinder darum die Station verlassen und Zuflucht auf anderen Stationen wie Hinnen, Tschonglot und Holschuh suchen. Nach Hongkong in Sicherheit zu gehen war nicht möglich, da der Weg über Swatow gefährdet war. Die Unsicherheit der Lage hat die Leitung der Basler Missionsgesellschaft veranlaßt, von der im November beabsichtigten Ausendung von Missionsleuten nach China abzusehen, da sie zur Zeit wohl kaum ins Innere des Landes reisen könnten, und die Ausendung auf Anfang nächsten Jahres zu verschieben. Leider ist bezüglich der gefangenen Missionare noch kein Fortschritt ersicht worden. Die Frauen der gefangenen Missionare haben sich in einem Telegramm bei der Leitung der Missionsgesellschaft gegen die Bezahlung eines Lösegelds ausgesprochen.

Spiel und Sport

Handball. Unsere Neuenbürger Turnfreunde konnten infolge Autodefekt zu den auf gestern angekündigten Freundschaftsspielen in Neuenbürg I und II — Lo. Altensteig I u. II nicht antreten.

Gruppe Württemberg

SFB. Stuttgart — Sportfreunde Stuttgart 4:1
Germania Brühlingen — FC. Biorzheim 2:2
FV. Heildronn — Stuttgarter Kickers 2:1

Gruppe Baden

FC. Billingen — SC. Freiburg 3:1
Karlsruher FV. — Sp. Bgg. Freiburg 9:1
Freiburger FC. — FC. Kallatt 4:5

Rundfunk

Dienstag, 29. Okt.: Von 10 bis 11.15 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15.30 Uhr Frauenstunde: Ausländische Frauenliteratur, 16 Uhr aus Mannheim: Operettenmusik, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, 18 Uhr Hans Eichelbach liest aus eigenen Schriften, 18.30 Uhr Vortrag Walter; Redl, Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg von 1820 im Urteil eines Engländer, 19 Uhr Vortrag Hans: Auf deutscher Bildungsfahrt im europäischen Südosten, 19.30 Uhr Liederabend, 20 Uhr Sonaten-Abend, 21.15 Uhr „Am Blah“, 22.15 Uhr Nachrichtenabend, 22.30 Uhr aus Frankfurt: Unterhaltungsprogramm.

Handel und Verkehr

Markte

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 26. Okt. Tafeläpfel 10-18, Schüttel-, Auschuh-, Fall- und Molläpfel 3-8, Tafelbirnen 10-20, Quitten 10-15, Walnüsse 35-45, Zwetschen 12-15, Kartoffeln 28-35, Stangenbohnen 40-50, Kopfsalat 4-12, Endivienalat 4-10, Wirsing 6-8, Silberkraut 6 bis 7, Weißkraut rund 6-7, Rotkraut 8-10, Blumenkohl 20 bis 30, Rosenkohl 20-25, rote Rüben 7-8, gelbe Rüben 5-6, Karotten 5-10, Zwiebel 6-8, Gurken 40-70, Rettiche 5-10, Monatsrettiche 8-10, Sellerie 5-20, Tomaten 10-15, Spinat 8-12, Mangold 6-8, Kohlraben 4-8.

— **Calw, 27. Oktober.** Auf dem Wochenmarkt hält die Zufuhr an Tafelobst unermindert an. Es kommen zum Teil sehr schöne Früchte zum Verkauf, auch sind dieselben infolge der Bemühungen des Bezirksobstbauvereins vielfach schön sortiert. An Herbstäpfeln kommen hauptsächlich noch Transparent- und Calvilläpfel, wie auch Jakob Vebel zum Angebot, die Winteräpfel und Winterbirnen überwiegen jetzt. Äpfel kosten durchschnittlich 10-12 $\frac{1}{2}$ das Pfund, während die Preise für schöne Tafelbirnen bis zu 18 $\frac{1}{2}$ das Pfund gehen. Zwetschen sind wenig mehr am Markt, sie kosten 10 $\frac{1}{2}$ das Pfund. An Butter ist außerordentlich viel Ware vorhanden, das Pfund Landbutter kostet 1.80 $\frac{1}{2}$. Der Krautmarkt ist gut besetzt, doch nimmt er die frühere große Ausdehnung, wo Wagen an Wagen auf dem Marktplatz standen, nicht mehr an. Dies kommt davon her, daß das Kraut von Händlern in den Landorten aufgekauft und weiterhin nach Stuttgart verkauft wird. Die Händler zahlen auf dem Lande 3 $\frac{1}{2}$ für den Zentner; auf dem Wochenmarkt erlösten die Produzenten 4 $\frac{1}{2}$.

Die Holzmarktfrage. — Holzverwertung

Calw a. N., 26. Oktober. Auf dem hiesigen Rathaus kamen gestern — begrüßt von Stadtschultheiß Beeg — die Vertreter der waldbesitzenden Gemeinden der Umgegend (von Oberndorf) war Stadtpfleger Rapp anwesend) sowie viele private Waldbesitzer zusammen, um eine wichtige Beratung zu pflegen. Vom Württ.-Höhenzollerischen Waldbesitzerverband war Dr. Friderer erschienen, der über die gegenwärtige Holzmarktfrage referierte, die sein witziges Bild aufweise, sofern die Erlöse sich verringern und die Ausgaben sich steigern. Begründet ist das einmal in dem internationalen Gepräge, das der deutsche Holzmarkt eingenommen, in den niederen Schutzhöhen, welche die

Konkurrenz noch weiter ermäßigen möchte, in der Erleichterung des Abflusses durch die unglückliche Tarifpolitik der Reichsbahn (Nachteile des Staffeltariffsystems für die süddeutschen Länder und der das Ausland benutzenden Durchfuhrtarife, die es ermöglichen, daß das Holz billiger vom Oden nach dem Westen kommt als von Oberfähnaden aus). Dazu kommt die verminderte Kaufkraft des deutschen Marktes, die geringe Bautätigkeit der letzten Jahre, die Kapitalnot und der allgemeine Geldmangel. Nachteilig wirkt auch die Bevorzugung von ausländischem Holz, während unsere Buchen-Parkettböden billiger und besser sind als die amerikanischen Hölzer. Besonders empfindlich wirkt aber die Ringbildung der Holzkäufer auf die Holzpreise. Gemäß den Bestimmungen der am 1. Januar gegründeten Württ. Einkaufsgenossenschaft sollen Käufe nur noch von der Genossenschaft getätigt werden, wodurch die Konkurrenz ausgeschlossen wird. Demgegenüber können sich die holzverkaufenden Gemeinden und Privatwaldbesitzer nur schützen durch rechtlosen Zusammenstoß im Waldbesitzerverband. Es gilt, hohe Werte zu erhalten; jeder muß das Seinige dazu beitragen, daß der Gemeindevorteil das dauernde und festeste Rückgrat unserer Gemeindefinanzen bleibt. Nach einer Pause ergriff Dr. Friderer zum andernmal das Wort zu einem weiteren Vortrag über „Die Holzverwertung“. Da die Nachfrage nach Rundholz abgelaufen ist, sei es verfehlt, dieses um jeden Preis auf den Markt zu bringen; es sollte versucht werden, den Holzschlag einzuschränken, das Holz im Vorverkauf schon vor dem Holzschlag zu verkaufen und statt Rundholz mehr Brennholz aufzubereiten. Beim Stammholz richtet sich die Nachfrage mehr nach mittlerem und schwächerem Holz, Papierholz, ist sehr begehrt, der Stangenmarkt steht ungünstig, Grubenholz ist nur in kleinerem Ausmaß verkäuflich; dagegen darf der Absatz an Schwellenholz als gesichert gelten, weil die Holzschwellen den Eisenbahnen überlegen sind und künftig auf allen Gleisen erster Ordnung (N- und Herzüge) Verwendung finden. Der Landholzmarkt zeigt ungünstige Verkaufsaussichten. Behutsamer Holzverwertung empfiehlt sich sorgfältiges Aufbereiten und Vermahlung, Einhalten des richtigen Maßes, gefälliges Herrichten (glattes Entasten), Anleihen an fahrbare Wege, Namhaftmachung geeigneter Fuhrleute (keine zu hohen Preise), zweckmäßiges Anbieten der Ware (Losverzeichnisse unentgeltlich abgeben), klare Zahlungs- und Verkaufsbedingungen, richtige Wahl der Verkaufsart (mündlich oder schriftlich, der feilschändige Verkauf empfiehlt sich), keine Verkaufszeit auf lange Sicht. Vor allem aber ist nötig, daß die Holzverwertung im Einvernehmen mit der Holzverkaufsstelle des Waldbesitzerverbandes getätigt wird, die gerne bereit ist, die Verkäufer gut zu beraten, auch größere Erfahrungen besitzt und sich mit einer geringen Vergütung begnügt. Nachdem der Redner noch den Vorgang des

Verkaufs durch die Holzverkaufsstelle, wobei die Entscheidung über den Zuschlag immer noch der betreffenden Gemeinde verbleibt, geschildert hatte, schloß er seinen überzeugenden, hohe Sachkenntnis bekundenden Vortrag mit den Worten: „Bringen Sie uns jener Entscheidung Ihr Vertrauen entgegen, Sie dienen dadurch nicht nur sich selbst, sondern unserem ganzen Waldbesitz.“

Letzte Nachrichten

Die Schweizer Fahrt des „Graf Zeppelin“ verschoben

Friedrichshafen, 27. Oktober. Wegen Dauerregens und starken Windes hat „Graf Zeppelin“ heute vormittag die beabsichtigte sechste Schweizerreise nicht angetreten. Die Fahrt ist vielmehr auf unbestimmte Zeit verschoben.

Dornier will schließen

Berlin, 28. Oktober. Wie die „Montagspost“ aus Friedrichshafen von zuverlässiger Seite erfahren hat, beabsichtigen die Dornierwerke in Friedrichshafen, 60 Prozent ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter wegen Mangels an Aufträgen zum 1. Januar zu kündigen.

Furchtbare Autounglück in der Schweiz. — Fünf Tote

Sitten (Kanton Valais), 27. Oktober. Zu einem furchtbaren Unglück, bei dem fünf Tote zu beklagen sind, kam es am Bahnübergang bei St. Leonhard. Ein Auto, in welchem sich Leute befanden, die an einer Tausche teilgenommen hatten, wurde beim Bahnübergang von St. Leonhard, als es die ungeschlossene Schranke passierte, vom Lausanne-Mailand-Expreß erfasst. Der Unternehmer Nelly aus St. Leonhard, sein Sohn und der Tauschling wurden in den nahen Bach geschleudert und ertranken. Die Hebamme wurde auf den Fahrdamm geworfen und war sofort tot. Die Paten des Tauschlings wurden von der elektrischen Lokomotive 50 Meter mitgeschleift und ebenfalls getötet.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laak.

Guter Wille, Mut, Vertrauen, helfen wieder aufzubauen
Grundstein ist in heutiger Zeit wohldurchdachte Sparsamkeit!

Darum wer noch kein Sparbuch besitzt
hol' es am Weltspartag — 30. Oktober

bei der
Gewerbebank Altensteig
e. G. m. b. H.

Der britische Grossindustrielle Lord Dewar

schrieb an die Londoner „Daily News“ gelegentlich einer Mitteilung über die Einführung von Kunstkurven für Reklamefachleute:

„Wenn Sie nicht inserieren, wird Ihr Geschäft versteinern!“

Erinnern Sie sich daran

daß Sie die von Ihnen benötigten

Druckarbeiten und Papiere

aller Art prompt u. billig geliefert bekommen von der best eingerichteten

W. Rieker'schen Buchdruckerei

Fernsprecher Nr. 11 **Altensteig** Fernsprecher Nr. 11

Am Mittwoch, den 30. Oktober 1929

Wiedereröffnung

unseres neurenovierten Lokales

zum „Schatten“

verbunden mit

Metzelsuppe

Hiezu ladet freundlichst ein

Wilhelm Luz und Frau, Altensteig



Wenn

man etwas verkauft, vermietet oder verpachtet oder etwas sucht, so bringt man eine Anzeige in der

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“.

Die große Verbreitung in allen Bevölkerungsschichten sichert einen guten Erfolg.

Ordner Schnellhefter Karteien

Georg Köbele
Haus für Bürobedarf
Nagold, Fernspr. 126.

Wor unraines Blut hat?
Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden, schlechte Verdauung, Blutandrang nach d. Kopfe, Kopfschmerz trinke Dr. Ballebs echten Frangulatee.

Löwen-Drogerie Herrien, Altensteig.

Schuhwaren - Großhandlung

nimmt

beigrösstem Entgegenkommen

Einrichtung vor.

Angebote unter Nr. 241 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Spielberg, den 28. Okt. 1929.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und dem Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Schwenger

sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen wir herzlichen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

der Gatte: Joh. Schwenger, Förstler
die Pflegetochter: Ottilie Schwenger.

